

Iru holt die Keule raus

ProgTrans-Studie über externe Kosten zeigt Folgen einer Anlastung auf



Machen Front gegen die Anlastung externer Kosten (von links): Juliette Ebele (IRU, Pressesprecherin), Stefan Rommerskirchen (ProgTrans), Alexander Sackers, Vorsitzender Iru-Güterverkehrskomitee, Michael Nielsen, Leiter der Iru-Vertretung in Brüssel.

Von Christian Dahm

Den Schwerlastverkehr mit externen Kosten zu belasten, hätte dramatische Folgen für die Wirtschaft der EU-Mitgliedstaaten. Zu diesem Schluss kommt eine Studie, die sich mit der vorgesehenen Änderung der Eurovignette-Richtlinie beschäftigt. Die Internationale Straßentransportunion Iru stellte die Ergebnisse am Donnerstag in Brüssel vor.

„Die Studie zeigt größere wirtschaftliche Fallgruben auf sowie eine offenkundige Diskriminierung des Straßentransportgewerbes, das bereits heute über Maut, Steuern und Gebühren für nahezu 100 Prozent seiner externen Kosten aufkommt“, betonte Alexander Sackers, Präsident des Iru-Güterverkehrskomitees. Es sei einfach inakzeptabel, wenn der Kommissionsvorschlag angenommen werde,

ohne die Folgen für die europäische Wirtschaft zu bedenken, unterstrich Sackers mit Blick auf die derzeit im EU-Verkehrsministerrat laufenden Verhandlungen.

414 Mrd. EUR Mehrkosten. Der Studie zufolge entstehen der EU-Wirtschaft zusätzliche Belastungen von bis zu 414 Mrd. EUR pro Jahr, wenn die externen Kosten exzessiv zugerechnet würden. Nur für Deutschland und Frankreich fiel die Bilanz positiv aus: Die beiden Staaten würden mehr Einnahmen erzielen, als ihre Transporteure im Ausland zahlen müssten. 16 Länder verzeichneten laut Studie immer Verluste beim Nationaleinkommen. Bei neun Staaten variere die Bilanz je nach Szenario, falle unter dem Strich aber in den meisten Fällen negativ aus.

Des Weiteren setzt sich die Iru für eine Zweckbindung der Mauteinnah-

men ein. „Wir sind nicht bereit, fortwährend zu bezahlen, ohne dass ein erkennbarer Fortschritt bei der Reduzierung der externen Effekte des Straßengütertransports erzielt wird“, erklärte Sackers. Die Einnahmen existierender und künftiger Mautgebühren müssten unbedingt in Projekte zur Verringerung der externen Kosten fließen.

„**Straße wird benachteiligt.**“ Außerdem könne nicht hingenommen werden, dass die EU-Kommission nur für den Straßenverkehr Vorschläge für die Anlastung externer Kosten vorgelegt habe, machte Sackers die Iru-Position klar. Er stellte die Frage, ob insbesondere die Bahnen bereits ausreichend für die Infrastruktur, Emissionsrechte der Elektrizitätshersteller, Lärm sowie vergleichbar wie die Straße Dieselsteuer bezahlten.

DVZ 11.9.2010

■ Kommentar links

www.iru.org